



Fragebogen zur Abgabe einer Verpflichtungserklärung

Angaben zum Gastgeber:	
Name:	
Vorname:	
Geburtsdatum:	
Geburtsort:	
Staatsangehörigkeit:	
Wohnort, Straße, Hausnummer:	
Beruf:	
Arbeitgeber:	
Pass / Personalausweis Nr.:	
bei Ausländern: (Art und Dauer des Aufenthaltstitels)	
Wurde bereits im zurückliegenden oder aktuellen Kalenderjahr eine Verpflichtungserklärung abgegeben?	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein
Wenn ja, für wen: _____	

Angaben zum Gast:	
Name:	
Vorname:	
Geburtsdatum:	
Geburtsort:	
Geschlecht:	<input type="checkbox"/> weiblich <input type="checkbox"/> männlich
Staatsangehörigkeit:	
Wohnort, Straße, Hausnummer:	
Reisepassnummer:	
Beziehung zum Gastgeber:	
Mitreisender Ehegatte / Kinder bis inkl. 17 Jahre (Name, Vorname, Geburtsdatum und Reisepassnummer):	
Einreise-/Aufenthaltsgrund:	
Dauer des Aufenthaltes:	<input type="checkbox"/> Besuch <input type="checkbox"/> Daueraufenthalt
	von: _____ bis: _____
Telefonnummer / Email-Adresse (Angabe freiwillig)	

Bitte beachten Sie, dass die Verpflichtungserklärung nur vom Verpflichtungsgeber selbst abgegeben werden kann. Eine Bevollmächtigung ist nicht möglich.

Datenschutzrechtlicher Hinweis: Die im Antrag verlangten Angaben beruhen auf dem Aufenthaltsgesetz, ausländerrechtlicher Vorschriften bzw. Art. 15 und 16 BayDSG. Wegen der Vielzahl der Bestimmungen können im Einzelfall geltende Rechtsgrundlagen bei der Ausländerbehörde erfragt werden. Bezüglich der Kommunikation über eMail-Konten wird auf die Hinweise unter www.landkreis-augsburg.de/datenschutz hingewiesen.

Angaben zur Bonitätsprüfung

für Verpflichtungserklärungen

Monatliches Einkommen (Betrag mtl. in Euro)

	Antragsteller/in	"Ehegatte/in"	weitere im Haushalt lebende Personen
Arbeitnehmer (Gehalt/Lohn aus unselbständiger Erwerbstätigkeit; Vorlage Einkommensnachweise der letzten drei Monate)			
Selbständige Erwerbstätigkeit (Vorlage des letzten Steuerbescheides oder Bescheinigungen des Steuerberaters über lfd. mtl. Gewinn <u>nach Steuern</u> ; keine BWA)			
Rente (Vorlage aktueller Bescheide)			
sonstige Einkünfte (Vermietung und Verpachtung; Vorlage Mietvertrag und Kontoauszüge mit Einnahmen der letzten drei Monate)			
Kindergeld / Kinderzuschlag / Baukindergeld (Vorlage aktuelle Bescheide)			
Elterngeld / Familiengeld / Krankengeld (Vorlage aktuelle Bescheide)			
sonstige soziale Leistungen (ALG I und II (Jobcenter), Sozialhilfe, Wohngeld etc.; Vorlage aktueller Bescheide)			

Beziehen Sie soziale Leistungen?
(z. B. ALG II, Sozialhilfe, Wohngeld)

nein

ja, _____ (Art / Höhe)

Anzahl der im Haushalt lebenden Personen:

Ehegatte: _____ ; Kinder: _____ (0-5 Jahre); _____ (6-13 Jahre); _____ (14-17 Jahre); _____ (volljährig)

sonstige Erwachsene: _____ (Eltern oder sonstige Bezugspersonen)

Monatlicher Bedarf

Art der Aufwendungen	Betrag mtl. in Euro
Miete mit Nebenkosten (z.B. Strom, Heizung, Gebühren, Hausgeld, Hausmeister)	
Finanzierung Eigenheim (Raten Darlehen (Tilgung und Zinsen), zzgl. Nebenkosten z. B. Strom, Heizung, Gebühren, Grundsteuer)	
sonstige monatlich / jährlich wiederkehrende Ausgaben, insbesondere - Kredite, Leasingverträge (z. B. Auto, Möbel, Elektroartikel, weitere Immobilien) - Versicherungen (z. B. Kfz, Leben, Haftpflicht, Unfall, Hausrat, sonstige Zusatzversicherungen) - Kinderbetreuung (z. B. Krippe, Kindergarten, Tagesmutter) - Unterhaltszahlungen für Ehegatte/in, Kinder etc.	

Hiermit versichere ich, dass

- die von mir gemachten Angaben vollständig und richtig sind und ich darauf hingewiesen wurde, dass unrichtige oder unvollständige Angaben den Straftatbestand des § 95 Abs. 2 Nr. 2 AufenthG erfüllen. Die Straftat kann mit Geld- oder Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren bestraft werden.
- ich den Inhalt des Merkblattes zur Kenntnis genommen habe und mir dieses ausgehändigt wurde (nur bei Verpflichtungserklärung).
- ich alle wiederkehrenden Ausgaben angegeben habe und keine weiteren Verpflichtungen bestehen.- mein Beschäftigungsverhältnis derzeit ungekündigt ist und mein Arbeitsvertrag, soweit dieser befristet ist, noch mindestens drei Monate über die angegebene Dauer des beabsichtigten Aufenthaltes hinaus fortbesteht.

Ort, Datum:

Unterschrift:

Erklärung des Verpflichtungserklärenden vor der ABH zur Abgabe der Verpflichtungserklärung

vom: _____

Nr.: _____

Ich bestätige, vor Abgabe der Verpflichtungserklärung auf folgende Punkte ausdrücklich hingewiesen worden zu sein:

1. Umfang der eingegangenen Verpflichtungen

Die Verpflichtung umfasst die Erstattung sämtlicher öffentlicher Mittel, die für den Lebensunterhalt eines Ausländers einschließlich der Versorgung mit Wohnraum sowie der Versorgung im Krankheitsfall und bei Pflegebedürftigkeit aufgewendet werden, z. B. Kosten für Ernährung, Bekleidung, Wohnraum (privat, im Hotel oder in einer durch öffentlich-rechtlichen Träger gestellten Unterkunft) sowie Kosten für Arzt, Medikamente, Krankenhaus, Pflegeheim oder sonstige medizinisch notwendige Behandlungen. Dies gilt auch, soweit die Aufwendungen auf einem gesetzlichen Anspruch des Ausländers beruhen, im Gegensatz zu Aufwendungen, die auf einer Beitragsleistung beruhen. Aus den genannten Gründen empfiehlt sich der Abschluss einer Krankenversicherung.

Der Verpflichtungserklärende hat im Krankheitsfall auch für die Kosten aufzukommen, die nicht von einer Krankenkasse übernommen werden bzw. die über der Versicherungssumme der Krankenversicherung liegen. Das Vorliegen ausreichenden Krankenversicherungsschutzes wird unabhängig von der Abgabe einer Verpflichtungserklärung im Rahmen des Visumverfahrens geprüft und ist eine Voraussetzung für die Visumerteilung.

Die Verpflichtung umfasst auch die Kosten einer möglichen zwangsweisen Durchsetzung der Ausreiseverpflichtung nach §§ 66, 67 AufenthG. Derartige Abschiebungskosten sind z. B. Reisekosten (Flugticket und/oder sonstige Transportkosten), evtl. Kosten einer Sicherheitsbegleitung sowie Kosten der Abschiebungshaft.

2. Dauer der eingegangenen Verpflichtung

Die aus der Verpflichtungserklärung resultierende Verpflichtung erstreckt sich unabhängig von der Dauer des zugrunde liegenden Aufenthaltstitels auf den Aufenthaltszeitraum von fünf Jahren ab dem Zeitpunkt der Einreise oder bei bereits im Bundesgebiet aufhältigen Ausländern ab Erteilung des Aufenthaltstitels im Bundesgebiet und schließt auch Zeiträume eines möglichen illegalen Aufenthalts ein.

Die Verpflichtung endet vor Ablauf von fünf Jahren mit dem Ende des vorgesehenen Gesamtaufenthaltes oder dann, wenn der ursprüngliche Aufenthaltszweck durch einen anderen ersetzt und dafür ein neuer Aufenthaltstitel erteilt wurde. Die Verpflichtung erlischt nicht vor Ablauf des Zeitraums von fünf Jahren, wenn ein Asylverfahren angestrengt wird. Dies gilt auch dann, wenn das Asylverfahren mit der Asylanerkennung, der Zuerkennung der Flüchtlingseigenschaft oder des subsidiären Schutzes positiv abgeschlossen bzw. wenn ein Aufenthaltstitel nach Abschnitt 5 des Kapitels 2 des Aufenthaltsgesetzes erteilt wird.

Für Kosten, die durch die Durchsetzung einer räumlichen Beschränkung, die Zurückweisung, Zurückschiebung oder Abschiebung entstehen (vgl. § 66 Abs. 1 AufenthG), haftet der Verpflichtungserklärende zeitlich unbegrenzt.

3. Vollstreckbarkeit

Für die aufgewendeten öffentlichen Mittel besteht ein öffentlich-rechtlicher Erstattungsanspruch. Dieser wird durch Leistungsbescheid geltend gemacht. Der Erstattungsanspruch kann im Wege der Vollstreckung zwangsweise beigetrieben werden.

4. Freiwilligkeit der Angaben

Alle von mir gemachten Angaben und Nachweise beruhen auf Freiwilligkeit. Mir ist dabei bewusst, dass eine Verpflichtungserklärung unbeachtlich ist, wenn aufgrund fehlender Angaben die Bonität nicht geprüft werden kann.

Ich wurde belehrt, dass unrichtige und unvollständige Angaben strafbar sein können (z. B. bei vorsätzlichen, unrichtigen oder unvollständigen Angaben, vgl. § 95 AufenthG - Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder Geldstrafe).

Ich bin damit einverstanden, dass meine Daten gemäß § 69 Abs. 2 Nummer 2 lit. g AufenthV und ggf. Art. 9 Nr. 4 lit. f) i. V. m. Art. 23 Abs. 1 VIS-VO gespeichert werden.

Ich wurde darauf hingewiesen, dass zusätzlich zur Vorlage des Originals eine Ablichtung der Verpflichtungserklärung bei der Auslandsvertretung abzugeben ist und somit vor Antragstellung eine Kopie gefertigt werden sollte.

Weiterhin bestätige ich, zu der Verpflichtung auf Grund meiner wirtschaftlichen Verhältnisse in der Lage zu sein und erkläre, dass ich keine weiteren Verpflichtungen eingegangen bin, die die Garantiewirkung der aktuellen Verpflichtungserklärung gefährden.

Ich bestätige mit meiner Unterschrift, dass ich den Inhalt dieser Belehrung verstanden und einen Abdruck davon erhalten habe.

Unterschrift des sich Verpflichtenden:

_____ Datum, Name, Vorname

Belehrung zur Speicherung und Nutzung der Antragsdaten im VIS

Instruction sur l'enregistrement et l'utilisation des données dans le système d'information sur les visas (VIS)

Information about the retention and use of data in the Visa Information System (VIS)

Verpflichtungserklärung Nr.
Declaration de prise en charge n°
Format obligation No.

Name / Nom / Surname

Reisepass Nr. / Passeport n° / Passport No.

Vorname(n) / Prénom(e)s / First name

Geburtstag und -ort / Né(e) le/à / Date and place of birth

Meine Kontaktdaten (Vor- und Nachname, Anschrift) und (sofern einschlägig) die Kontaktdaten meines Unternehmens oder meiner Organisation (Name und Anschrift des Unternehmens/der Organisation sowie Vor- und Nachname der jeweiligen Kontaktperson) werden nach Artikel 9 Nummer 4 Buchstabe f) der Verordnung (EG) Nr. 767/2008 vom 9. Juli 2008 (VIS-Verordnung, ABl. EG L 218/60 vom 13.08.2008) zur Prüfung des Visumantrags der Person(en), für die die Verpflichtungserklärung abgegeben wird, erhoben und für höchstens fünf Jahre im Visa-Informationssystem (VIS) gespeichert. Das Fehlen einzelner oder aller Daten führt zur Unwirksamkeit dieser Verpflichtungserklärung und kann die Ablehnung des Visumsantrags der Person(en), für die die Verpflichtungserklärung abgegeben wird, zur Folge haben.

Die Visumbehörden und die für die Visumkontrolle an den Außengrenzen und in den Mitgliedstaaten des Schengenraums zuständigen Behörden sowie die Einwanderungs- und Asylbehörden in den Schengen-Mitgliedstaaten haben während dieser fünf Jahre Zugang zu den im VIS gespeicherten Daten,

- um Visumanträge zu prüfen und zu entscheiden,
- um zu überprüfen, ob die Voraussetzungen für die rechtmäßige Einreise in das Gebiet und den rechtmäßigen Aufenthalt im Gebiet der Mitgliedstaaten erfüllt sind,
- um Personen zu identifizieren, die diese Voraussetzungen nicht bzw. nicht mehr erfüllen,
- um einen Asylantrag zu prüfen und
- um zu bestimmen, wer für diese Prüfung zuständig ist.

Zur Verhütung, Aufdeckung oder Ermittlung terroristischer und anderer schwerer Straftaten (vgl. für Deutschland: § 3 des VIS-Zugangsgesetzes) haben von den Schengen-Mitgliedstaaten benannte Behörden und Europol im Einzelfall auf schriftlichen oder elektronischen Antrag hin Zugang zum VIS nach Maßgabe von Artikel 3 Absatz 1 der VIS-Verordnung. Die Abfrage erfolgt über zentrale Zugangsstellen, die dafür verantwortlich sind, dass die Zugangsvoraussetzungen und Verfahren des Beschlusses 2008/633/JI des Rates vom 23. Juni 2008 (ABl. EU L 218/129 vom 13.08.2008) eingehalten werden.

Die für die Verarbeitung personenbezogener Daten im VIS verantwortliche Behörde nach Artikel 41 Absatz 4 der VIS-Verordnung in Deutschland ist das Bundesverwaltungsamt, D-50728 Köln, EU-VIS@bva-bund.de. Mir ist bekannt, dass ich berechtigt bin, in jedem Schengen-Mitgliedstaat eine Auskunft zu erhalten, welche Daten über mich im VIS gespeichert sind und von welchem Mitgliedstaat diese Daten an das VIS übermittelt worden sind. Außerdem ist mir bekannt, dass ich beantragen kann, mich betreffende unrichtige Daten zu berichtigen und mich betreffende unrechtmäßig gespeicherte Daten zu löschen. Die Berichtigung oder Löschung wird von dem Mitgliedstaat durchgeführt, der die mich betreffenden Daten an das VIS übermittelt hat. Informationen über die Verfahren zur Ausübung dieser Rechte liefert mir auf Wunsch das Bundesverwaltungsamt, D-50728 Köln, EU-VIS@bva.bund.de. Mir ist bekannt, dass diese Rechte auch bestehen, wenn die Verpflichtungserklärung von einem Unternehmen oder einer Organisation abgegeben wird.

Die in Deutschland zuständige Stelle für Beschwerden hinsichtlich des Schutzes personenbezogener Daten ist der/die Bundesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit, der/die unter folgender Adresse erreichbar ist:

Der Bundesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit
Husarenstraße 30
D-53117 Bonn
Deutschland
Tel.: +49 (0)228-997799-0
Fax: +49 (0)228-99779-550
E-Mail: poststelle@bfdi.bund.de
Webseite: www.bfdi.bund.de

Datum / Date / Date

Unterschrift / Signature / Signature

Sprechzeiten: Montag bis Freitag 07:30 - 12:30 Uhr
Donnerstag zusätzlich 14:00 - 17:30 Uhr

Conformément à l'article 9, paragraphe 4, point f) du règlement (CE) n° 767/2008 du 9 juillet 2008 (règlement VIS, JO CE L 218/60 du 13 août 2008), mes coordonnées (prénom et nom, adresse) ainsi que, le cas échéant, celles de ma société, ou de mon organisation (nom et adresse de la société/de l'organisation ainsi que prénom et nom de la personne de contact respective) seront recueillies et enregistrées dans le système d'information sur les visas (VIS) pour une période maximale de cinq ans en vue de l'examen de la demande de visa de la personne/les personnes pour laquelle/laquelles une déclaration de prise en charge est déposée. L'absence d'une partie ou de la totalité des données rend cette déclaration de prise en charge caduque et peut entraîner le refus de la demande de visa de la/des personne/s pour laquelle/lesquelles la déclaration de prise en charge est déposée.

Pendant cette période de cinq ans, les autorités en charge de la délivrance des visas et les autorités en charge du contrôle des visas aux frontières extérieures et dans les Etats membres de l'espace Schengen, ainsi que les autorités en charge de l'immigration et de l'asile dans les Etats membres de Schengen, auront accès aux données enregistrées dans le VIS en vue

- d'examiner des demandes de visa et d'en décider,
- d'examiner si les conditions d'une entrée et d'un séjour légaux sur le territoire des Etats membres sont réunies,
- d'identifier des personnes ne remplissant pas ou plus ces conditions,
- d'examiner une demande d'asile et
- d'identifier l'autorité en charge de cet examen.

Aux fins de la prévention de la détection et de l'investigation des infractions terroristes et autres infractions pénales graves (pour l'Allemagne, cf. § 3 de la loi relative à l'accès des autorités policières et répressives ainsi que des services de renseignement au système d'information sur les visas - VIS Zugangsgesetz), les autorités désignées par les Etats membres de Schengen et Europol peuvent, dans des cas spécifiques et sur la base d'une demande présentée sous la forme écrite ou électronique, accéder au système d'information sur les visas conformément à l'article 3, paragraphe 1, du règlement VIS. La consultation s'effectue au moyen de points centraux d'accès, responsables du respect des conditions d'accès et des procédures établies par la décision 2008/633/JAI du Conseil du 23 juin 2008 /JO UE L 218/129 du 13 août 2008).

L'autorité responsable en Allemagne du traitement de données à caractère personnel dans le VIS en vertu de l'article 41, paragraphe 4, du règlement VIS est l'Office fédéral d'administration (Bundesverwaltungsamt, 50728 Cologne, Allemagne, EU-VIS@bva.bund.de). J'ai compris que j'ai, dans tout Etat membre de Schengen, le droit d'obtenir communication des données me concernant qui sont enregistrées dans le VIS ainsi que de l'identité de l'Etat membre qui les a transmises au VIS. En outre, j'ai compris que j'ai le droit de faire rectifier des données me concernant qui sont inexactes et de faire effacer des données me concernant qui sont stockées illégalement. La rectification et l'effacement sont effectués par l'Etat membre ayant transmis au VIS les données me concernant. Sur demande, l'Office fédéral d'administration (Bundesverwaltungsamt, 50728 Cologne, Allemagne, EU-VIS@bva.bund.de) me fournira des informations sur les procédures à suivre pour exercer ces droits. J'ai compris que ces droits sont également applicables si la déclaration de prise en charge est déposée par une société ou une organisation.

L'autorité compétente en matière de réclamations relatives à la protection des données à caractère personnel en Allemagne est le Commissaire fédéral à la protection des données et au droit à l'information dont les coordonnées sont les suivantes:

Der oder die Bundesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit
Husarenstraße 30
D-53117 Bonn
Allemagne
Tél.: +49 (0)228-997799-0
Fax: +49 (0)228-997799-550
Adresse électronique: poststelle@bfdi.bund.de
Site web: www.bfdi.bund.de

My contact information (first name, surname, address) and (if relevant) the contact information of my company or organization (company/organization name and address and the first name and surname of the contact person there) will be recorded and stored in the Visa Information System (VIS) for no more than five years in order to examine the visa application of the person(s) for whom this formal obligation is submitted, in accordance with Article 9 (4) (f) of the VIS Regulation (Regulation (EC) No 767/2008 of 9 July 2008 (OJ L 218/60 of 13 August 2008)). Failure to supply any or all of this data will render this formal obligation invalid and may result in denial of the visa application of the person for whom this formal obligation is submitted.

The visa authorities and the authorities responsible for inspecting visas at the external borders and in the Schengen member states, as well as the immigration and asylum authorities within the Schengen member states, will have access to the data stored in the VIS during these five years

- to assess visa applications and make visa decisions,
- to determine whether the conditions for lawful entry into and lawful residence within the Schengen area have been met,
- to identify persons who do not or no longer meet these conditions,
- to assess asylum applications, and
- to determine who is responsible for assessing such applications.

To prevent, detect and investigate terrorist and other serious crimes (for Germany, Section 3 of the Act on Access to the VIS (VISZG)), Europol and the agencies designated by the Schengen member states have access to the VIS in individual cases upon written or electronic request in accordance with Article 3 (1) of the VIS Regulation. Queries are made via central access bodies which are responsible for ensuring compliance with the requirements for access and procedures given in Council Decision 2008/633/JHA of 23 June 2008 (OJ L 218/129 of 13 August 2008).

The Federal Office of Administration (Bundesverwaltungsamt, 50728 Cologne, EU-VIS@bva.bund.de) is the authority responsible for processing personal data in the VIS as referred to in Article 41 (4) of the VIS Regulation. I am aware that I am entitled in any Schengen member state to be notified as to which information about me is stored in the VIS and which member state supplied this information to the VIS. I am also aware that I may apply to correct any incorrect data about me and to have any unlawfully stored data about me removed from the VIS. The member state which supplied the data about me to the VIS will make the necessary corrections or deletions. Information about the procedure for exercising these rights will be provided upon request by the Federal Office of Administration, 50728 Cologne, Germany, EU-VIS@bva.bund.de. I am aware that these rights also apply if the formal obligation is submitted by a company or organization.

In Germany, complaints regarding the protection of personal data may be sent to the Federal Commissioner for Data Protection and Freedom of Information at the following address:

Der oder die Bundesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit
Husarenstraße 30
D-53117 Bonn Germany
Tel.: +49 (0)228-997799-0
Fax: +49 (0)228-997799-550
E-mail: poststelle@bfdi.bund.de
Website: www.bfdi.bund.de

Sprechzeiten: Montag bis Freitag 07:30 - 12:30 Uhr
Donnerstag zusätzlich 14:00 - 17:30 Uhr